

verbrauchen kann. Die Antragsteller versprechen sich durch die Freigabe dieser Getreidemenge für den freien Verkehr eine wirksame Form der Bekämpfung des Schleichhandels. Auf den Appell des freisinnigen Bauernführers Stöcker an die christlichsozialen Landwirtevertreter, seinen Abänderungsvorschlägen zuzustimmen, dürften in der nächsten Sitzung der Nationalversammlung, auf der die heutige Tagesordnung ihre Fortsetzung findet, die Redner der christlichsozialen Partei die Antwort geben.

Wir berichten im folgenden über den Verlauf der Sitzung:

Die Staatskanzlei unterbreitet die auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. April 1919 von den Staatsämtern erlassenen Vollzugsanweisungen.

Es werden folgende Regierungsvorlagen eingebracht: betreffend die Rechtsfolgen von Lieberteilungen der Vollzugsanweisungen über die Anmeldung und Kontrolle gewisser Vermögensschaften und die Sicherung der Vermögensabgabe; betreffend Maßnahmen für den Zivildienstausfall aus Anlaß des Krieges; betreffend die Führung des Staatshaushaltes vom 1. Juli bis 31. Dezember 1919; betreffend Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes (4. Novelle zum Krankenversicherungsgesetz); betreffend die Schaffung einer Gehaltsklasse zur Sicherung von Dienstaltersbezügen der in den öffentlichen und Anstaltsapotheken angestellten Pharmazeuten (Gehaltsklassengesetz); betreffend die Verlängerung der Funktionsdauer der wirklichen Mitglieder der Handels- und Gewerbekammern bis 31. Dezember 1919; zwei Gesekentwürfe über die Sicherstellung ausländischer Lebensmittel- und Rohstoffkredite, und schließlich ein Gesekentwurf über die Umwandlung der Exportakademie zu einer „Handelshochschule für Weltverkehr“ in Wien.

Eine Hochschule für Welthandel.

Staatssekretär für Handel und Industrie, Gewerbe und Bauten Jng. Berbil begründet in ausführlicher Weise die Vorlage des Gesekentwurfes, betreffend die Umwandlung der Exportakademie in Wien in eine Hochschule für Welthandel. Er betont darauf, daß schon die Gründung der Exportakademie von der Absicht getragen war, eine von den höheren Handelsschulen unabhängige, über ihnen stehende hochschulartige Anstalt ins Leben zu rufen. Daß die Exportakademie auch dem Wesen nach eine solche hohe Schule des Handels geworden ist, steht vermöge ihrer Einrichtung und der durch sie gebotenen praktischen, wie auch wissenschaftlichen Ausbildung, sowie bei der Vorbildung ihrer ordentlichen Hörer und der wissenschaftlichen Eignung ihrer Lehrer außer jedem Zweifel. Das wichtigste Hindernis, weshalb bisher trotz allem der Anstalt die Bezeichnung einer Hochschule nicht zugestanden werden konnte, ist durch die Schaffung neuer Satzungen in Wegfall gekommen. Der Umwandlung in eine Handelshochschule steht nunmehr nichts im Wege. Daß eine solche Umwandlung aber im gegenwärtigen Zeitpunkt mehr als je geboten erscheint, erhellt schon aus der Erwägung, daß die überragende Bedeutung, welche dem internationalen Handel bei der derzeitigen politischen Lage Deutschösterreichs zukommen dürfte, das Vorhandensein heimischer, für den internationalen Handelsverkehr entsprechend vorgebildeter Kaufleute erforderlich macht. Dies würde nicht erreicht, wenn die Exportakademie ihre Absolventen nicht mit dem Abgangszug eines wertvollen Hochschülers betrauen könnte und dieselben somit gegenüber den Absolventen der zahlreichen in Deutschland bestehenden und erst nach der Gründung der Exportakademie entstandenen Handelshochschulen in offenbarem Nachteil wären. Die Bedenken, beim hochschulmäßigen Betrieb könnte die theoretische Seite der Ausbildung zugunsten der praktischen eine Verdrängung erfahren, sind hinfällig geworden durch den an der Hochschule einzuhaltenden Bildungsgang, der nach wie vor das Hauptgewicht auf die Ausbildung der Hörer für die Praxis legen wird. Dafür bürgt schon die Unterstellung dieser Hochschule für Welthandel unter die Handelsverwaltung. Nach wie vor muß die in eine Hochschule umgewandelte Exportakademie einen innigen Kontakt mit dem Wirtschaftsleben unterhalten und den jeweiligen Anforderungen desselben Rechnung tragen, wobei das Handelsamt den naturgemäßen Mittler zwischen den an der Wirtschaft interessierten Kreisen und der diesen Interessen dienenden Lehranstalt zu bilden hat. Die Anschauungen darüber, ob die Schaffung einer neuen Hochschule durch einen Verwaltungsvertrag oder durch einen Gesekgebungsakt zu geschehen habe, sind geteilt. Wenn ich die Form der Gesekgebung gewählt habe, so ist es deshalb geschehen, weil der zu schaffenden Hochschule für Welthandel die größte Bedeutung zukommt und diese Bedeutung in solenner Form dadurch ausgedrückt werden soll, daß sie durch einen Gesekgebungsakt ins Leben gerufen wird. Das

staatliche Bedürfnis nach einer Hochschule für Welthandel ist gegeben durch die jetzige politische und wirtschaftliche Lage des Staates, durch die vermehrte Notwendigkeit der Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit dem Auslande, durch die nötige Ausgestaltung kommerzieller Bande mit den Sukzessionsstaaten. Es erscheint nach dem Vorhergesagten überflüssig, die Gleichstellung der Hochschule für Welthandel mit den Universtitäten zu fordern, da diese Forderung als eine Selbstverständlichkeit erscheint. Redner schließt mit der Bitte um möglichst rasche Verabschiedung dieses Gesekentwurfes. (Beifall.)

Die eingebrachten Vorlagen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen.

Der Präsident erklärt, über das Budgetprovisorium und die beiden Vorlagen über die Sicherstellung ausländischer Lebensmittel- und Rohstoffkredite müsse noch in dieser Woche verhandelt werden. Es wird daher vorausgesetzt, daß das Gesek über die Getreidebewirtschaftung heute vom Hause erledigt wird, morgen eine Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses stattfinden, so daß das Haus übermorgen schon die zweite Lesung der drei Vorlagen durchführen kann. Die für morgen vormittag angekündigte Sitzung des Sozialisierungsausschusses wird auf nächsten Dienstag verschoben.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen und die Wahl des Komitees von 21 Mitgliedern zur Lieberwachung der wirtschaftlichen Demobilisierungen vorgenommen. Es erfolgt die Abgabe der Stimmzettel für diese Wahl.

Die Regelung des Verkehrs mit Getreide und Mahlprodukten.

Berichterstatter Höbermayer (christlichsozial) hebt die große Bedeutung der Regelung des Verkehrs mit Getreide und Mahlprodukten durch neue, den Zeitverhältnissen entsprechende, noch mehr aber durch produktionsfördernde Bestimmungen hervor. Die Frage, ob im kommenden Wirtschaftsjahre an der staatlichen Bewirtschaftung festgehalten werden soll oder nicht, wurde mit den berufenen Vertretern der Landesregierungen eingehend beraten und in der Richtung entschieden, daß die staatliche Bewirtschaftung, wenn auch in veränderter, erleichteter Form, doch beizubehalten ist. Die Ausgestaltung der staatlichen Bewirtschaftung durch die Kriegs-Getreideanstalt ist gegenwärtig nicht möglich, weil dieser eingelebte Apparat zur Liebernahme und Verteilung, insbesondere des Imports, aber auch des inländischen Getreides notwendig ist. In Verfolgung einer entsprechenden Ernährungspolitik hat sich die Staatsregierung für das Kontingentierungssystem entschieden. Dieses System bezweckt einerseits die Sicherstellung einer gewissen Menge Brotgetreide und Hafer für die nicht versorgte Bevölkerung, andererseits aber auch dem Landwirte die Möglichkeit zu geben, für seinen Eigen- und Wirtschaftsbedarf die erforderliche Saatgutmenge und die zur Verfüterung notwendige Menge frei zu bekommen. Der Landwirt kommt durch die Kontingentierung des Getreides in die Lage, über sein Getreide, welches nicht in seine Versorgungsquote einbezogen ist, frei in seiner Wirtschaft zu verfügen. Hierdurch glaubt der Ausschuß die Produktionsfreudigkeit, die leider aus verschiedenen Gründen, oft sogar durch produktionsunterbindende Verordnungen, sehr zurückgegangen ist, wieder zu heben. Durch die Kontingentierung geht ein lang gehegter, berechtigter Wunsch der Landwirtschaft in vollem Interesse einer gedeihlichen Hebung der Produktion in Erfüllung. Sache und Pflicht der Landwirte ist es nun, daß die Erwartungen, die an die neue Aufbringungsart geknüpft werden, auch voll und ganz erfüllt werden, um hierdurch zur Gleichrichtung der Lebenshaltung der konsumierenden Bevölkerung und auch zur Entlastung der Staatsfinanzen möglichst viel beizutragen. Die Erfüllung der von den Landwirten zu übernehmenden Pflicht der Abstellung der Kontingente kann aber nur dann erreicht und nicht in Frage gestellt werden, wenn gleichzeitig der die Allgemeinheit schwer schädigende Schleichhandel und Rückvertrieb mit Getreide und Mahlprodukten ausgeschaltet wird. Es müssen daher die Produzenten und nicht minder auch die Konsumenten in gleicher Weise ernstlich zusammenwirken, um die Auswüchse des Schleichhandels und Rückvertriebes auszumerzen.

Abg. Wimmer (großdeutsch) behauptet, daß der allgemeine Ausschuß zur Lieberwachung der wirtschaftlichen Demobilisierungen erst heute gewählt worden sei. Redner polemisiert gegen die Wirtschaft der Zentralen und stellt eine Reihe von Abänderungsanträgen.

Abg. Emmy Freundlich erklärt, die Sozialdemokraten hätten diesmal zugestimmt, daß den landwirtschaftlichen Genossenschaften die Aufbringung der Getreideernie übertragen wird, weil ihrer Ansicht nach, die freiwillige Organisation das einzige Mittel sei, um eine Wirtschaft zu organisieren. Sie erwarten aber auch, daß sich die landwirtschaftlichen Genossenschaften der Verantwortung voll bewusst sind, die sie mit dieser Organisation übernehmen. Redner polemisiert gegen die „Demagogie“ der Stöcker-Partei, die sie als die Volkspfeifen des Bauernstandes bezeichnet, gegen die der Kampf ebenso geführt werden müsse, wie gegen die Kommunisten. Den erregten Auseinandersetzungen zwischen der Rednerin und dem Abg. Stöcker macht schließlich der Präsident durch die Mahnung ein Ende, den „Dialog“ nicht weiterzuspinnen.

Abg. Friedmann (liberal) verwahrt sich dagegen, daß Verordnungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vor ihrer Erlassung nicht dem kompetenten Ausschusse zur Prüfung vorgelegt werden. Die gegenwärtige Vorlage bedeute ein halbes Bekenntnis dafür, daß die zwangsweise Ausbringung immer geringere Mengen für die staatliche Bewirtschaftung zutage gefördert hat.

Abg. Kittinger (großdeutsch) fordert, daß alles getan werde, um in Deutschösterreich eine möglichst rationelle Bewirtschaftung des Bodens zu erzielen und das Land von der Lebensmittelleinfuhr unabhängig zu machen.

Abg. Stöcker (großdeutsch) betont, die Forderung nach Freigabe des Lieberkontingents liege nicht nur im Interesse der Landwirte, sondern auch der Konsumenten und werde ein gutes Mittel zur Bekämpfung des Schleichhandels sein. Redner begründet die Forderung nach Freigabe des Saatgutes, dessen zentrale Bewirtschaftung vollständig versagt und die Getreideproduktion geschädigt habe.

Anträge neben überreicht von den Abgeordneten: Fischer, betreffend die Ernennung einer Reihe von Dienern im Finanzressort zu Unterbeamten; Fischer, betreffend die Bewahrung von Fahrpreismäßigungen auf den Staatsbahnen für die Lehrer; Dr. Simpl, betreffend die Zulassung der Absolventen land- und forstwirtschaftlicher Mittelschulen als ordentliche Hörer der Hochschule für Bodenkultur.

Anfragen werden überreicht von den Abgeordneten: Gsch, betreffend den schleppenden Gang der Arbeiten bei Maßnahmen zur Heimbeförderung der Kriegsgefangenen aus Rußland; Spalowsky, betreffend die Konferenzen mit den sozialistischen Arbeiterräten in den Staatsämtern für Volksernährung und Finanzen; Fischer, betreffend den Tod eines Kindes infolge Vergiftung als Folge der Impfung.

Nächste Sitzung morgen, Donnerstag, 8 Uhr nachmittags, mit der Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

Die Fürsorge für unsere Kriegsgefangenen.

Der Hauptausschuh hielt heute unter Vorsitz des Präsidenten Seis und Dinghofer eine mehrstündige Sitzung ab, in der der Präsident der Kriegsgefangenenkommission Abg. Dr. Schoepfer und der Vizepräsident dieser Kommission Abg. Richter einen eingehenden Bericht über die Vorfrage, die Frage der Rückkehr und die Lage der Kriegs-

Die Nationalversammlung.

Die Vorsorge für die Erfassung der neuen Ernte.

Unter großer Interesse der zahlreich anwesenden Abgeordneten beriet die Nationalversammlung in ihrer heutigen Sitzung den Gesekentwurf über die Regelung des Verkehrs mit Getreide und Mahlprodukten. Vorher begründete Staatssekretär Berbil in einer eindringlichen Darstellung des Entwicklungsganges der bisherigen Exportakademie und ihrer Ziele und Aufgaben in der Zukunft, die von der tiefgründigen Sachkenntnis dieses wahrhaft auf dem rechten Wege stehenden Fachmannes, neues Zeugnis ablegte, die Notwendigkeit der Umwandlung dieser Anstalt in eine Hochschule für Welthandel, die unserer Jugend die Möglichkeit bieten soll, sich auf dem Weltmarkte erfolgreich zu betätigen. Es wurde eine Reihe von Gesekentwürfen eingebracht, unter denen vor allem jene über die Führung des Staatshaushaltes vom 1. Juli bis 31. Dezember d. J. (Budgetprovisorium) und die beiden Vorlagen über die Sicherstellung ausländischer Lebensmittel- und Rohstoffkredite durch Holzausfuhr und Verpfändung von Forstbesitz sowie durch Inanspruchnahme von im privaten Besitz befindlichen Goldmünzen und ausländischen Wertpapieren hervorzuheben sind. Da diesen Vorlagen Dringlichkeit zukommt, sollen sie noch in dieser Woche in der Nationalversammlung Erledigung finden.

Die Wechselrede über den Bericht des Ernährungsausschusses, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Getreide und Mahlprodukten wurde in der heutigen Sitzung fast ausschließlich von den Rednern der Großdeutschen Vereinigung bestritten. Diese stellten eine große Anzahl von Abänderungsanträgen, deren Kern darauf hinausgeht, dem Landwirte die vollständig freie Verfügung über jene Getreidemengen zu sichern, die er nach Ablieferung seines Pflichtteiles am Kontingente zum Verbrauche innerhalb seiner Wirtschaft